„Eine Verlegung ist nicht sinnvoll“

Landes-SPD macht sich stark für „Christoph 45“ am Klinikum Friedrichshafen

Friedrichshafen (MCB) Auch die SPD will sich für den aktuellen Standort des Rettungshubschraubers „Christoph 45“ starkmachen. Dies machten die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Dorothea Kliche-Behnke, MdL, und der SPD-Kreisvorsitzende sowie Bundestagskandidat Leon Hahn nach einem Besuch im Klinikum Friedrichshafen deutlich.

„Eine Verlegung des Rettungshubschrauber-Standortes in Richtung Norden ist überhaupt nicht sinnvoll. Eine Verschlechterung der Versorgungslage für einen geringen Mehrwert an anderer Stelle ist der falsche Weg“. Bei dem Vor-Ort-Termin mit dem Chefarzt der Klinik für Anästhesiologie, Intensivmedizin und Notfallmedizin, Prof. Dr. Volker Wenzel zeigten sich alle Beteiligten einig, dass sie die Schlussfolgerungen aus dem Gutachten des Innenministeriums nicht teilen.

„Die Rechenmodelle, die hinter der geplanten Verlegung stehen, halten nicht Stand. Damit würden Millionen an Steuergeldern ohne Effekt oder Mehrwert investiert. Dies haben auch mindestens 30.210 Unterstützer, die die Petition für einen Verbleib des Rettungshubschraubers Christoph 45 in Friedrichshafen unterschrieben haben, erkannt”, so der Chefarzt und weiter „Der Rettungshubschrauber ist auch bei den zahlreichen Badeunfällen am See von elementarer Bedeutung und wird dringend gebraucht“.

„Die Annahmen des Gutachtens bei der Fluggeschwindigkeit legen nahe, dass die angebliche Versorgungslücke im Landkreis Sigmaringen eigentlich sogar besser von mehreren Seiten angeflogen werden kann. Zudem haben wir in Baden-Württemberg eher Versorgungsengpässe beim Nachtflug“, so die Landtagsabgeordnete Kliche-Behnke.

Hahn und Kliche-Behnke machten deutlich, sich auf Landesebene für den Verbleib von Christoph 45 in Friedrichshafen im Rahmen des Petitionsverfahrens einzusetzen: „Die Menschen haben sehr deutlich ihren Willen artikuliert. Wenn es der grün-schwarzen Landesregierung ernst ist mit der Politik des „Gehörtwerdens“, sollten sie die Bedenken von mehr als 30.000 Menschen nicht einfach wegwischen”, so die SPD-Politiker Kliche-Behnke und Hahn. Besonders relevant sei hier auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis. „Die Verlegung eines Rettungshubschraubers kostet mehrere Millionen Euro Steuergeld. Das Innenministerium ist in der Pflicht darzulegen, warum sich die Verlegung lohnt. Nicht unsere Region muss begründen, warum der Rettungshubschrauber bleiben soll“.

Laut Professor Wenzel ist das Luftrettungsgutachten nie unabhängig bewertet worden. „Bei einer Entscheidung von solcher Tragweite wäre es das Mindeste, die beteiligten Akteure wie Fachgesellschaften, Rettungsdienste, Krankenhäuser oder die Krankenkassen zumindest anzuhören“, so der erfahrene Notfallmediziner Professor Wenzel. „Wir werden den weiteren Verlauf der Petition aufmerksam verfolgen und hoffen, dass sich das Innenministerium in Zukunft gesprächsbereiter zeigt“, so Hahn am Ende des Gesprächs.

Bild: Prof. Dr. Volker Wenzel, Dorothea Kliche-Behnke - stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, MdL und der SPD-Kreisvorsitzende sowie Bundestagskandidat Leon Hahn. Bild: SPD-Kreisverband